

THORSTEN GLAUBER

Für Sie im Landtag

Liebe Leserinnen und Lesern,

was für ein Abend! Vor kurzem konnte unsere Fraktion beim traditionellen Neujahrsempfang über 1.000 Gäste im Löwenbräukeller in München begrüßen, um das starke Ergebnis bei der zurückliegenden Landtagswahl zu feiern und über aktuelle Themen wie Krieg, Zuwanderung und Klimawandel ins Gespräch zu kommen. Unter dem Motto: „Optimistisch in die neue Legislaturperiode – was wir in den kommenden fünf Jahren politisch bewegen wollen“ diskutierten Geladene aus Politik, Wirtschaft, Medien sowie dem Ehrenamt mit unserer Fraktion über aktuelle Herausforderungen sowie viele weitere landespolitisch bedeutsame Themen.

Außerdem erfahren Sie in diesem Newsletter, warum wir den Vorschlag von Digitalminister Dr. Fabian Mehring, Faxe in Amtsstuben abzuschaffen, für richtig halten, und warum uns diese Woche ein Positionspapier unseres Koalitionspartners ein wenig überrascht hat.

Viel Freude beim Lesen.



IN DIESEM NEWSLETTER

**NEUJAHRSEMPFANG 2024 IM
MÜNCHNER LÖWENBRÄU**

**HAUSHALTSKLAUSUR IN
ST. QUIRIN**

**BIOKRAFTSTOFFE STEUERFREI
STELLEN**

**UNTERSTÜTZUNG FÜR
JUGENDHERBERGEN UND
SCHULLANDHEIME**



FREIE WÄHLER-Fraktion veranstaltet Neujahrsempfang im Münchner Löwenbräukeller

Krieg, Zuwanderung, Klimawandel – die Sorgen der Menschen in Deutschland vor großen Zukunftsherausforderungen wachsen. Auch deshalb haben sich Bayerns Bürgerinnen und Bürger bei der Landtagswahl am 8. Oktober 2023 für Kontinuität und eine Fortsetzung der Bayernkoalition entschieden. Sie haben uns FREIEN WÄHLERN einen nie dagewesenen Vertrauensvorschuss gewährt: Mit 15,8 Prozent der Wählerstimmen konnten wir das beste Ergebnis bei einer Landtagswahl in Bayern erringen und wurden erstmals zweitstärkste Fraktion im Maximilianeum.

Um das zu feiern und den Gästen zugleich Gelegenheit zu geben, mit den nunmehr 37 Landtagsabgeordneten ins Gespräch zu kommen, hat die FREIE WÄHLER-Fraktion am Freitagabend zum Neujahrsempfang in den Münchner Löwenbräukeller eingeladen. Unter dem Motto: „Optimistisch in die neue Legislaturperiode – was wir in den kommenden fünf Jahren politisch bewegen wollen“ diskutierten Geladene aus Politik, Wirtschaft, Medien sowie dem Ehrenamt über aktuelle Herausforderungen sowie viele weitere landespolitisch bedeutsame Themen



Haushaltsklausur in St. Quirin: Doppelhaushalt von 149 Milliarden Euro beschlossen

Das Kabinett hat vor wenigen Tagen einen starken und wegweisenden Doppelhaushalt von 149 Milliarden Euro beschlossen und wird diesen in den Landtag einbringen. Damit bringt unsere Bayernkoalition das Land einmal mehr voran und erweist sich erneut als sicherer Partner für die Menschen im Freistaat. Wir haben bei unserer zweitägigen Klausurtagung intensiv, konstruktiv und harmonisch den finanziellen Weg für die nächsten zwei Haushaltsjahre gemeinsam mit unserem Koalitionspartner festgelegt. Obwohl uns der Wind ins Gesicht weht, haben wir aufgrund unserer vorausschauenden Ausgabenpolitik der letzten Jahre genügend Spielräume, um Bayern kraftvoll weiterzuentwickeln. Das haben wir vor:

Foto: Sammlung Pohl.

- >> Wir werden fünf Milliarden Euro aus der Rücklage nehmen, um die notwendigen Maßnahmen trotz stagnierender Steuereinnahmen finanzieren zu können.
- >> Nach wie vor investieren wir schwerpunktmäßig in die Bildung. Dort gibt es über 4.000 neue Stellen – gleichzeitig der Löwenanteil der Stellenmehrungen im ganzen Haushalt.

>> Das Wirtschaftsministerium wird gemeinsam mit dem Wissenschaftsministerium mit über einer Milliarde Euro die Hightech-Agenda fortführen. Damit sichern wir mittel- und langfristig die Technologieführerschaft des Freistaats in wesentlichen Zukunftsbereichen.

>> Wir richten unser Ausgabeverhalten an dem Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse im gesamten Freistaat aus – der DNA der FREIEN WÄHLER im Landtag. Dies betrifft unter anderem die Verkehrsinfrastruktur, die Schaffung neuer Technologietransferzentren in ganz Bayern und die Erhöhung der Krankenhausfinanzierung.

Aktuelle Stunde im Plenum zum Kampf gegen Rechtsextremismus

Im Schulterschluss mit allen demokratischen Fraktionen ist es uns gelungen, ein starkes und deutliches Signal für unsere Demokratie und im Kampf gegen Rechtsextremismus zu setzen. Damit haben wir aus dem Bayerischen Landtag heraus die klare Botschaft „Wir stehen an Eurer Seite!“ an alle Menschen gesendet, die seit Wochen gegen Rechtsextremismus auf unseren Straßen demonstrieren und für unsere Demokratie eintreten.

Eines ist dabei klar: Es darf nicht bei bloßen Lippenbekenntnissen bleiben, Worten müssen nun auch Taten folgen! Unsere wehrhafte Demokratie stellt uns hierzu einige Instrumente bereit – von der Grundrechtsverwirkung über den Ausschluss von der staatlichen Parteienfinanzierung bis hin zu einem gänzlichen Parteienverbot. Diese Instrumente gilt es jetzt sorgfältig zu prüfen und im Einzelfall zu nutzen. Daneben müssen wir aber auch mit allen uns zur Verfügung stehenden, rechtsstaatlichen Mitteln konsequent den Kampf gegen Rechtsextremismus weiterführen.

Was wir zudem brauchen, um dem Rechtsruck entgegenzuwirken, sind vor allem politische Antworten auf die aktuellen Probleme der Bürgerinnen und Bürger. Zudem müssen wir unsere Erinnerungskultur aufrechterhalten. Nicht zuletzt wird es auf jeden Einzelnen von uns ankommen, wenn es darum geht, für unsere Demokratie einzutreten, weiterhin Haltung zu zeigen und sich nicht einschüchtern zu lassen. Nie wieder ist jetzt – und zwar für immer!

Mehr [HIER](#).

Überraschendes CSU-Positionspapier: Vorschläge sind Teil unseres gemeinsamen Koalitionsvertrags

Wer lesen kann, ist klar im Vorteil: Das gilt für die Pisa-Studie ebenso wie für den Koalitionsvertrag zwischen FREIEN WÄHLERN und CSU. Insofern freut es uns, dass selbst die kleineren Verästelungen der CSU-Fraktion mittlerweile wenigstens bis Seite 76 von 85 unseres Koalitionsvertrags vorgedrungen sind, wo es heißt: „Wir setzen uns dafür ein, dass in besonderen Ausnahmefällen (Fahrten von und zur Arbeits- und Ausbildungsstätte) eine Fahrerlaubnis der Klasse B ab 16 Jahren durch die Verwaltungsbehörden erteilt werden kann.“ Auch die weiteren Vorschläge, die sich in einem aktuellen CSU-Positionspapier finden (darunter: mehr Technologietransferzentren, Gigabit-Ausbau, neue Hochschulaußenstellen), entstammen unserem Koalitionsvertrag. Dass die CSU unsere gemeinsame Agenda für den ländlichen Raum jetzt als eigene Ideen verkauft, ist offensichtlich ein Reflex darauf, in der Fläche nicht mehr als Kümmerer wahrgenommen zu werden. Dabei müsste die CSU nur rausgehen und den Menschen zuhören – so wie wir FREIE WÄHLER das tun. Mehr [HIER](#).

Unser Antrag: Steuerfreiheit für Biokraftstoffe

Die von der Ampelkoalition beschlossene Abschaffung der Agrardieselmrückvergütung belastet die deutsche Landwirtschaft mit jährlich 440 Millionen Euro, die bayerische Landwirtschaft mit 90 Millionen Euro. Dadurch verliert sie massiv an Wettbewerbsfähigkeit innerhalb und außerhalb der EU. In der Folge werden Produkte in Deutschland entweder teurer oder es werden wiederum billigere Erzeugnisse aus dem Ausland importiert – mit katastrophalen Folgen für Wertschöpfung und Klima. Daher fordern wir als FREIE WÄHLER-Fraktion den vollständigen und dauerhaften Erhalt der Agrardieselmrückvergütung. Zudem möchten wir in der Land- und Forstwirtschaft verwendete Biokraftstoffe künftig vollständig von der Energiesteuer befreien. Ziel muss unserer Überzeugung nach sein, sämtliche Maßnahmen zu unterstützen, die helfen, den Ausstoß von CO₂-Emissionen zu begrenzen – wie eben auch die Nutzung erneuerbarer Kraftstoffe.

Unser Antrag: Jugendherbergen und Schullandheimen finanziell unter die Arme greifen

Jugendherbergen und Schullandheime erfüllen landesweit einen wichtigen Zweck: Schülerinnen und Schüler verbringen in den Einrichtungen ihre Klassenfahrt, Familien übernachten dort kostengünstig und Freundesgruppen verabreden sich zum gemeinsamen Wanderwochenende. Doch nach wie vor sind Jugendherbergen und Schullandheime im Freistaat gebeutelt von den Auswirkungen der Corona-Pandemie, der Energiekrise und der hohen Inflation. In dieser Gemengelage sind sie nicht in der Lage, ihre gestiegenen Kosten in angemessenem Umfang an die Gäste weiterzugeben – auch weil von den Einrichtungen zu Recht ein preiswertes Angebot erwartet wird. Deshalb haben wir die Staatsregierung aufgefordert zu überprüfen, inwieweit den Herbergen durch eine Erhöhung der Fördermittel unter die Arme gegriffen werden kann – um Schließungen zu verhindern, aber auch um dringend notwendige Sanierungen und Investitionen zu gewährleisten.